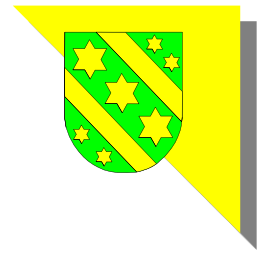


Landkreis Reutlingen



Haushaltsentwurf 2016

„Pragmatismus und Voraussicht“

Einbringung durch Landrat Thomas Reumann

26. Oktober 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

- kaum ein anderes Thema beschäftigt unsere Gesellschaft und die Menschen in den Städten und Gemeinden so sehr wie die Frage, welche Antwort wir auf den wachsenden Zustrom von Asylbewerbern, Flüchtlingen nach Deutschland geben.
Denn die Anzahl hat bereits jetzt ein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht bekanntes Ausmaß erreicht.
Angesichts hoher Anerkennungsquoten, insbesondere für Schutzsuchende aus Ländern wie Syrien oder dem Irak, ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der jetzt eingereisten Menschen dauerhaft in Deutschland Aufnahme finden wird.
- Im Kern geht es um Artikel 16 a unseres Grundgesetzes:
„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“.
- Wer vor Verfolgung, Krieg, Todesstrafe und Folter flieht, muss Schutz finden können - zumindest bis sich die Umstände in seinem Heimatland wieder geändert haben. Das ist eine Seite der Medaille - die weiche Seite. Daran gibt es nichts zu rütteln!
- Es gibt aber auch eine „harte Seite“ der Medaille. Auch hierüber muss der gesellschaftliche Konsens unverrückbar gelten:
- Wer nicht schutzbedürftig ist, und dies in einem rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt wird, muss wieder zurück in sein Heimatland. Auch hier darf es kein Vertun geben.
- Aus meiner Sicht ist deshalb das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz mit seinen verschiedenen Bausteinen ein richtiger und überfälliger Schritt.
Ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen und werden.

- Nationale Maßnahmen werden freilich nicht ausreichen. Deshalb ist die Rolle, die die Europäische Union spielt, völlig unbefriedigend.
- Weder als Rechts- noch als Wertegemeinschaft wurden angemessene Antworten auf die jetzige Lage gefunden.
- Viele Staaten ducken sich einfach weg.
- Das Schengen-Dublin-Abkommen,
 - sieht offene Binnengrenzen und Grenzkontrollen dem Grunde nach nur an den Außengrenzen vor,
 - es überträgt zugleich demjenigen Mitgliedsstaat der EU die Zuständigkeit für die Durchführung eines Asylverfahrens, in dem der Asylbewerber erstmals europäischen Boden betreten hat.
- Dieses Abkommen hat sich als nicht krisenfest erwiesen - die europäische Wirklichkeit hat hier schlicht versagt.

- Fakt ist, die Menschen sind hier, bei uns vor Ort.
- Mit allen Chancen und Risiken, mit allen Problemen und schönen Momenten, mit allen offenen Fragen, Ungewissheiten und möglichen Lösungen und Antworten.
- Und damit bin ich unmittelbar und direkt beim Haushaltsentwurf, den ich Ihnen heute vorlege, denn dieser Schwerpunkt ist gesetzt!

- Zugleich gibt es aber weitere wesentliche Zukunftsfelder, die für die Menschen im Landkreis Reutlingen, in den Städten und Gemeinden von großer Bedeutung sind, und die ihren Niederschlag im Haushaltsentwurf finden:
- etwa die wohnortnahe medizinische Versorgung im städtischen wie im ländlichen Raum des Landkreises, ich spreche über unsere Kreiskliniken,

- die Frage, wie die sonstige Infrastruktur erhalten und zukunftsfähig weiterentwickelt wird, etwa Bau und Unterhalt unserer Kreisstraßen, oder die Weiterentwicklung des ÖPNV,
- insbesondere wie geht es mit der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb weiter?
- Und: Wie können wir im gesamten Landkreis einen zukunftsfähigen Ausbau der Breitbandstruktur sicherstellen?
- Wie sichern wir Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe, wie bringen wir die Kindertagespflege, die Schulsozialarbeit, die Hilfen zur Erziehung voran?
- bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sind Projekte zur Ambulantisierung und die Frage der Inklusion in Regleinrichtungen unverändert Themen, die auf der Agenda stehen.
- Und natürlich ist die Frage, wie wir in unserer Inklusionskonferenz die Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention in Richtung Verwirklichung einer wirklich inklusiven Gesellschaft voranbringen wollen, unverändert eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen für die kommenden Jahre.

Was heißt das denn nun alles für diesen Haushalt?

- Um diesen Haushalt im Oktober 2015 vorlegen zu können, musste ein Redaktionsschluss über die anzunehmenden Zahlen vor der Sommerpause festgelegt werden.
- Grundlage dieses Haushaltsentwurfs 2016 hinsichtlich der Mehraufwendungen für die Versorgung, Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist deshalb eine Zahl, die dem damaligen Kenntnisstand von insgesamt geplanten 1500 Personen in der vorläufigen Unterbringung und 500 Personen in der Anschlussunter-

bringung entspricht. Nach aktuellen Entwicklungen muss der Landkreis bereits im Jahr 2015 rd. 2800 Menschen unterbringen.

- Nach den uns vorliegenden Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird der Landkreis Reutlingen, seine Städte und Gemeinden im Jahr 2016 5000 Menschen in der vorläufigen Unterbringung und 2000 Personen in der Anschlussunterbringung aufzunehmen haben.
- Das alles macht eine deutlich bessere Personalausstattung erforderlich.
- Nach den bisher geltenden Personalschlüsseln entspricht dies einer Personalaufstockung für Hausmeister, Verwaltungsmitarbeitern und Sozialarbeitern von rd. 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- In einem ersten Schritt arbeiten wir deshalb innerhalb des Projektes, das wir im Landratsamt bis 31.12.2016 aufgelegt haben, und in dem wir alle Zuständigkeiten in einer Hand gebündelt haben, einen Prüfantrag ab, ob und in welchem Umfang die anstehenden Aufgaben aus „Bordmitteln“, also mit bestehendem Personal, abgedeckt werden können.
- Hierzu haben wir in einem ersten Schritt einen Personalpool zur Unterstützung der von ständig steigenden Flüchtlingszahlen besonders belasteten Aufgabenbereiche innerhalb des Landratsamtes gebildet.
- Wir haben auf freiwilliger Basis Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können, die aus ihrem bisherigen Aufgabenbereich (ganz oder mit einem vereinbarten Prozentsatz) herausgelöst werden und künftig für einen befristeten Zeitraum im Bereich „Asyl“ arbeiten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

- es wird viel von Verantwortungsgemeinschaften gesprochen.
Ich bin sehr stolz darauf, dass das Team im Landratsamt diesen Begriff mit neuem Leben füllt und zusammensteht - sonst ginge das gar nicht.
- Es zeichnet uns aus im Verhältnis zwischen Verwaltung und Personalrat, dass der Personalrat den notwendigen Umsetzungen pauschal zugestimmt hat, einfach weil es schnell gehen muss.
Stv. dem Personalratsvorsitzenden Herrn Heck: Vielen Dank!
- Dies bedingt aber auch - und deshalb spreche ich es hier an - dass innerhalb der Verwaltung zwangsläufig eine Aufgabenkritik, eine Prioritäten- und Schwerpunktsetzung zu erfolgen hat.
- Und dies wiederum bedeutet, dass Projekte und Aufgabenerledigungen entweder geschoben, gestrichen oder nicht mehr in dem gewohnten Standard geleistet werden können.
- Über Projekte wie den eea-Prozess, der befristet „auf Eis gelegt worden ist“, habe ich bereits berichtet.
- Bei der Gebäudeunterhaltung im Verwaltungs- und Schulbereich werden die Standards abgesenkt sofern sie nicht sicherheitsrelevant oder zwingend sind.
- Ebenso im Bereich des Straßendienstes, z. B. bei der Grünpflege - selbstverständlich nicht im Winterdienst.
- Wir werden Sie im Laufe des weiteren Prozesses darüber unterrichten, welche Standards, welche Projekte und Maßnahmen hiervon betroffen sind.
- Die konkreten finanziellen Auswirkungen werden derzeit berechnet und mit einer Änderungsliste in die Beratungen in die nächste Verwaltungsausschusssitzung eingebracht.

- Dabei vertrauen wir auf die Finanzausgaben von Bund und Land, die Kosten für die Unterbringung, Versorgung und soziale Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu tragen.
- Insbesondere ist die sogenannte nachgelagerte Spitzabrechnung mit dem Land Baden-Württemberg bei der vorläufigen Unterbringung ein wichtiger Schritt zu einer finanziellen Entlastung der Landkreise.
- Mögliche positive Auswirkungen werden sich allerdings erst im Haushaltsjahr 2017 zeigen, wenn die konkreten Rahmenbedingungen für die Spitzabrechnung feststehen.
- Die Aufwendungen für die Anschlussunterbringung verbleiben dagegen auch künftig beim Landkreis.
- Wir werden die Erträge und Aufwendungen für den Bereich Asylbewerber und Flüchtlinge getrennt darstellen.

So, die Kennzahlen in Stichworten:

- Das Haushaltsvolumen 2016 steigt um 17,8 Mio. Euro oder fast 6 % auf 313 Mio. Euro an.
- Der Kreisumlagehebesatz bleibt mit 34,25 % unverändert.
Die absolute Kreisumlage erhöht sich auf Grund der gestiegenen Steuerkraftsumme um 5,5 Mio. Euro auf 120,7 Mio. Euro.
- Erneut leben wir die gemeinsame Verantwortung von Landkreis und seinen Städten und Gemeinden, denn entgegen der mittelfristigen Finanzplanung, der eine um 1,45 Mio. Euro höhere absolute Kreisumlage und ein Hebesatz von 35,25 % zu Grunde lag, bleiben wir deutlich unter dieser ursprünglich für das Jahr 2016 vorgesehenen Finanzplanung.

- Trotz der weiterhin positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung steigen die Aufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich auf einen neuen Höchststand an.
- Betrag der Nettoressourcenbedarf im Jahr 2015 noch 124,4 Mio. Euro, steigt dieser Betrag im Jahr 2016 auf einen neuen Höchststand von 132,5 Mio. Euro an. Dies entspricht einer Steigerung um 8,1 Mio. Euro.
- Die Personalaufwendungen steigen um 2,4 Mio. Euro auf 48,5 Mio. Euro im Jahr 2016.
- Dieser Planung liegen die zeitverzögernde Besoldungsanpassungen bei den Beamten aus dem Jahr 2015 sowie eine angenommene Tarifierhöhung für die Beschäftigten in 2016 zu Grunde. Daneben wurden für Beförderungen, Stufensteigerungen und Stellenneuschaffungen zusätzliche Aufwendungen eingeplant.
- Nach dem aktuellen Haushaltsvergleich des Landkreistags Baden-Württemberg vom September 2015 liegt der Landkreis Reutlingen sowohl bei den Personalaufwendungen mit 165 Euro je Einwohner als auch bei den Planstellen mit 2,98 je 1000 Einwohner deutlich unter dem Durchschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg (191 Euro je Einwohner bzw. 3,4 Planstellen je 1000 Einwohner).
- Ganz wichtig: Auch in diesem Jahr ist ein Ausgleich der aufgelaufenen Bilanzverluste für unsere Kreiskliniken eingeplant. Damit leistet der Landkreis als alleiniger Gesellschafter der Kreiskliniken Reutlingen GmbH nunmehr zum dritten Mal seinen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung des „Zukunftskonzeptes 2018 plus“.

Im Haushaltsplanentwurf wurden zum Ausgleich der im Jahr 2013 entstandenen Bilanzverluste 6,3 Mio. Euro berücksichtigt.

- Nachdem die Jahre von 2006 bis 2010 genutzt worden konnten, die Verschuldung des Landkreises von 81,5 Mio. auf rd. 57 Mio. Euro zurückzuführen, ist der Schuldenstand seit 2011 wegen der Finanzierung von Investitionen in die Kreiskliniken und die Beruflichen Schulen wieder deutlich angestiegen.
- Zum 31.12.2015 wird die Verschuldung des Landkreises voraussichtlich bei 85,1 Mio. Euro liegen.
- Nach der aktuellen Schuldenstatistik des Statistischen Landesamtes hat der Landkreis Reutlingen die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung der Landkreise in Baden-Württemberg.
- Eine weitere Erhöhung der absoluten Verschuldung ist deshalb nicht vertretbar. Der Haushaltsentwurf sieht wie im Vorjahr auch in diesem Haushalt eine Netto-Null-Verschuldung vor.
- Für die Freiwilligkeitsleistungen gegenüber unseren Partnern im sozialen und kulturellen Bereich ist erneut eine Dynamisierung von 2 % in den Entwurf eingestellt.

So meine Damen und Herren,

lassen Sie mich auf einige wenige Punkte, die diesen Haushalt bestimmen und beeinflussen noch etwas vertiefter eingehen.

- Natürlich ist erneut die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen anzusprechen:
- Wir haben im Ergebnishaushalt für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen bereits Mehraufwendungen von rd. 3,5 Mio. Euro in diesen Entwurf eingeplant. Das sind die Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten von Grundstücken und baulichen Anlagen, Mieten und Pachten.

- Im Finanzhaushalt sind für die Bereitstellung von Gebäuden weitere 3 Mio. Euro eingestellt.
- Wenn die Prognosen eintreffen, dass auf Grund der Beschleunigung der Verfahren und damit einhergehend eine hohe Anzahl von Anerkennungen bereits im nächsten Jahr zahlreiche Familien nachkommen werden, ist davon auszugehen, dass sich das im gesamten System der Kinder- und Jugendhilfe auswirkt.
- Dies wird sich beginnend bei den „Frühen Hilfen“ bemerkbar machen, wo schnelle und niederschwellige Unterstützung notwendig sein wird.
- Es wird in der gesamten Kinder-Tagesbetreuung zu weiteren Hilfestellungen führen, sei es durch Fortbildung und Fachberatung, sei es durch gezielte Einzelfallhilfen in einzelnen Gruppen;
- Die gesamte offene Jugendarbeit wird sich konzeptionell und personell dieser Aufgabe stellen müssen,
- und wir erwarten einen weiteren Anstieg in den Hilfen zur Erziehung, wobei diese vor dem Hintergrund der besonderen kulturellen Bedingungen gesehen werden müssen.
- Ein ganz besonderes Augenmerk werden wir auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu richten haben:
- Dieser Aufgabenbereich ist auf Grund der aktuellen Flüchtlingssituation nur schwer plan- und kalkulierbar.
- Wir werden bis zum Jahresende 2015 rd. 80 unbegleitete Minderjährige bei uns betreuen,
- derzeit gehen wir für das Jahr 2016 von weiteren 160 jungen Menschen aus.
- Von den geschätzten 2000 Menschen in der Anschlussunterbringung im Jahr 2016 werden voraussichtlich rd. 1000 Personen in die Zuständigkeit des Job-Centers und es SGB II wechseln.

Hintergrund sind auch hier die vom Bund angekündigten schnelleren Asylverfahren.

Eingliederungshilfe:

- Bei der Eingliederungshilfe ist gegenüber dem Plan 2015 mit einem höheren Zuschussbedarf in einer Größenordnung von rd. 3,7 Mio. Euro zu rechnen.
- Die anstehenden Tarif- und Vergütungsverhandlungen wirken sich auch beim größten Einzelposten im Etat weiter kostensteigernd aus.
- Daneben ist durch die Inklusion in Regeleinrichtungen ebenfalls mit einem Anstieg der Kosten zu rechnen.
- Für die durch das neue Schulgesetz im Rahmen der Inklusion angekündigte Entlastung des Landes wurden 0,2 Mio. Euro eingeplant.
- Die vom Bund für 2016 vorgesehene Entlastung der Eingliederungshilfe i. H. von insgesamt 1 Mrd. Euro wird nur zu einem Teil bei den Stadt- und Landkreisen ankommen.
- Nach den Berechnungen des Deutschen Landkreistags werden die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg 69 Mio. Euro in Form von erhöhten Umsatzsteueranteilen erhalten. Die Landkreise als der Träger der Eingliederungshilfe können dagegen lediglich mit einer Entlastung von insgesamt rd. 23 Mio. Euro rechnen.
- Der auf den Landkreis Reutlingen entfallende Betrag wurde mit rd. 0,9 Mio. Euro im Haushalt eingeplant und kann sicherlich nur als erster Schritt gesehen werden.

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II:

- Die Konjunkturerholung der letzten Jahre hat sich beim Job-Center zeitverzögert ausgewirkt.

- Inzwischen zeigt sich, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auch mit intensiven Vermittlungsbemühungen nicht mehr nennenswert sinkt.
- Steigerungen bei den Kosten der Unterkunft durch Mieterhöhung und die Anpassung der Mietobergrenze führen zu höheren Aufwendungen.
- Und auch hier: Da Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge sofort Anspruch auf SGB II-Leistungen haben, werden durch den Zustrom von Flüchtlingen die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und damit die Aufwendungen steigen.

- Im Bereich der Kindertagespflege steigen die Zahlen weiter an. Die Zuwendung an den Tagesmütterverein werden im Entwurf um rd. 100 000 Euro erhöht wurde.

- Wesentlicher Bestandteil der Jugendsozialarbeit ist und bleibt die Schulsozialarbeit als ein absoluter Schwerpunkt der Jugendhilfe. Für die Schulsozialarbeit wurden im Haushaltsplanentwurf 855 000 Euro eingestellt, im Vorjahr waren es noch 809 000 Euro. Wir liegen mit der Förderung der Schulsozialarbeit unverändert an der Spitze im Land Baden-Württemberg. Wir werden auch hier die besondere Situation der jungen Flüchtlinge mitberücksichtigen müssen.

Kommen wir zu einem ganz anderen Thema:

Spannend ist es natürlich, wie es mit der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb weitergeht:

- Die Verständigung zwischen Bund und Ländern, dass das Bundes-GVFG über 2019 hinaus fortgeführt wird, ist natürlich eine große Chance für dieses Projekt.
- Gleichwohl besteht noch Klärungsbedarf in vielfältiger Hinsicht: Bleibt bei der Förderung dann alles so wie bislang oder wird es neue Förderkriterien geben?

Das Land hat bislang das Projekt Regional-Stadtbahn nachrangig priorisiert - wie geht das Land mit dieser beschlossenen negativen Priorisierung um?

Und ganz wichtig: Das Land hat uns im Oktober 2014 zugesichert, unmittelbar nach einer Entscheidung GVFG-Nachfolgeregelung in Gespräche mit uns über die Optionen einer Finanzierungsabsicherung des Projektes einzutreten. Diese Situation ist jetzt eingetreten. Das Gespräch wird Mitte November stattfinden.

Davon wird abhängen, ob wir im Haushalt 2016 noch Mittel für eine Ausschreibungs- und Ausführungsplanung einstellen werden oder nicht.

- Ein weiteres wichtiges ÖPNV-Projekt wird uns im kommenden Jahr beschäftigen:
Die Fortschreibung unseres Nahverkehrsplanes:
 - Das soll der Maßanzug für die Weiterentwicklung des ÖPNV in den nächsten 5 bis 10 Jahren bei uns im Landkreis Reutlingen sein.
 - An diesem Prozess wollen wir alle, die an dem Thema ÖPNV dran sind, natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger, intensiv beteiligen.
 - Derzeit bereiten wir diesen Prozess intensiv vor. Die Auftaktveranstaltung wird im ersten Quartal 2016 stattfinden.

- Ein weiteres wichtiges Zukunftsprojekt ist die Weiterentwicklung der Breitbandinfrastruktur bei uns im Landkreis:

Wir erinnern uns:

- Mitte Juni fand hier in diesem Saal eine Infoveranstaltung statt, in der nahezu alle Gemeinden und etliche Kreisräte teilgenommen haben.
- Das Ergebnis der Infoveranstaltung war, dass der Landkreis sich stärker in die Koordination des Breitbandausbaus einbringen soll.
- Wir haben 3 Maßnahmen vorgeschlagen, die der Kreistag Ende Juli dann einstimmig beschlossen hat:
- Erstens haben wir vorgeschlagen, dass ein Arbeitskreis etabliert wird, in dem die Städte, Gemeinden und der Landkreis gemeinsam ein Konzept für die Entwicklung der Breitbandinfrastruktur in den nächsten Jahren erarbeiten.
- Die Auftaktveranstaltung fand Mitte Oktober statt.
- Es war eine spannende Sitzung, bei der Konsens bestand, dass große Chancen in einem gemeinsamen Vorgehen liegen.
- Zweitens hat der Kreistag beschlossen, dass der Landkreis der neuzugründenden Kommunalen Anstalt Kompakt.net beitreten soll. Das werden wir tun: Am 04.11. ist die Gründungssitzung in Ulm.
- Drittens hat der Kreistag beschlossen, dass der Landkreis einen Breitbandkoordinator einstellen soll. Das Zukunftsthema Breitband kann nicht nebenher erledigt werden, sondern bedarf einer Persönlichkeit, die sich auf dieses Thema mit Engagement und Kompetenz konzentrieren kann.

Ende dieses Monats finden die Bewerbungsgespräche statt.

Wir hoffen, dass der Koordinator uns möglichst bald unterstützen kann.

- Und schließlich:
Die Abfallwirtschaft hat uns in diesem Jahr sehr intensiv beschäftigt.

- Wir haben über ein neues Gebühren- und Sammelsystem entschieden. Wir haben Ausschreibungen mit einem Volumen von nahezu 30 Mio. Euro vergeben.
- Ab Mitte November werden die neuen Behälter für Restmüll und Bioabfall an die Bürgerinnen und Bürger ausgeliefert.
- Im Januar werden die alten Behälter abgeholt.
- Ab 01.10.2016 startet das neue Gebührensystem. Da wird es gewiss noch viele Fragen bei den Bürgerinnen und Bürger geben. Diesem Infobedürfnis tragen wir Rechnung - durch Schreiben und Informationen an alle Grundstücksbesitzer, durch unsere Homepage und dadurch, dass wir wieder ein Infotelefon schalten werden.

- Im Haushaltsplanentwurf 2016 sind für die Investitionen von Kreisstraßen 2,4 Mio. Euro vorgesehen, der Eigenfinanzierungsanteil liegt bei rd. 2 Mio. Euro.
- Investitionsschwerpunkte sind im Jahr 2016 der Abschluss des Ausbaus der K6735 zwischen Gomadingen - Marbach und Hohenstein - Ödenwaldstetten einschließlich Brücke und Bahnübergang,
- der Ausbau der K6754 von Münsingen Apfelstetten zu B465, der Radweg entlang der K6708 von Bleichstetten - Eppenzil - Bad Urach
- und die K6764 Ortsdurchfahrt in Walddorfhäslach - Walddorf.
- Darüber hinaus sind zahlreiche Belagsarbeiten vorgesehen.

So, meine Damen und Herren,
ich komme zu der Abteilung Dank:

Ich danke meinem Team im Landratsamt, das auch im vergangenen Jahr erneut einen tollen Job gemacht hat und ich beziehe in diesen Dank

ausdrücklich den Personalrat mit ein, der durch viele konstruktive Beiträge zu einem guten Miteinander beigetragen hat.

Ich danke dem Team der Kämmerei, insbesondere dem Dezernenten, Ihnen, Herr Pflumm, Ihnen, Herr Klett und Ihnen, Herr Gekeler, dass Sie es erneut geschafft haben diesen Haushalt mit sehr viel Fachkunde, Teamgeist und Fleiß fristgerecht vorzulegen und gemeinsam mit dem Team im Haus zu erarbeiten - danke.

Ich komme zum Schluss nochmals auf den Ausgang meiner Ausführung zurück.

- Ich bin überzeugt davon, dass wir durch die von Herrn Dr. Müller und den Bürgermeister erarbeiteten Bausteine unseres Konzeptes, die einen Weg aufzeigen, wie wir die bundes- und landespolitischen Ansätze ernst nehmen und ganz pragmatisch und vorausschauend auf die örtlichen Verhältnisse im Landkreis, in den Städten und Gemeinden übertragen und umsetzen können, gut unterwegs sind.
- Nein, das heißt nicht, dass es keine großen Probleme gibt,
- oder dass wir das Ganze zum Nulltarif bekommen werden und schon gar nicht wissen wir, ob es in allen Einzelheiten dauerhaft tragfähig und zukunftsfähig ist.
- Ein gehöriger Schuss Optimismus, dass es gelingt, ist deshalb gut und gerechtfertigt,
- ein blinder Glaube daran, dass alles gut wird, wäre freilich töricht.
- Schließlich gibt es für diese Herausforderung keine Blaupause.
- Aber es ist ein ganz konkreter Prozess mit einem Lösungsansatz, der die Integration der Asylberechtigten und derjenigen, die dauerhaft bei uns bleiben können, mitdenkt

- der hierfür gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und mit den weiteren Partnern, wie der Agentur für Arbeit und dem Job-Center, wie der IHK, wie der Handwerkskammer, wie der Kreishandwerkerschaft und vielen anderen im Sinne eines vernetzten Prozesses konkrete Lösungen anbietet und Chancen eröffnet.
- Wenn ein Werkstattprojekt angestoßen wird mit Handwerkermeistern und auf diese Weise nicht nur unter fachspezifischer Sicht Sprachschulung gefördert wird, sondern zugleich eine Brücke zum örtlichen Handwerk geschlagen wird, dann ist dies ein guter Ansatz.
- Wenn in einem Gebäude Räumlichkeiten für eine Werkstatt sind, für weitergehende Integrationsmaßnahmen, dann hilft dies allen Beteiligten.
- Es gibt es im Landkreis, in den Städten und Gemeinden viele solche beispielgebenden Modelle.

- Ich danke oft den Ehrenamtlichen, ohne die wir die Herausforderung nicht bewältigen könnten. Ich tue dies auch heute.
- Ich danke heute aber auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Team in den Unterkünften, den Hausmeistern, den Sozialbetreuern, den Heimleitern, die das ganze Spannungsfeld vor Ort managen und mit den konkreten Problemen umgehen müssen:
- Sie alle machen einen riesen tollen Job,
- Und ja, stellvertretend für alle anderen, die es im Landratsamt verdient hätten, heute genannt zu werden: Herr Dr. Müller ein herzliches Dankeschön - das ist schlicht gut!

- So, meine Damen und Herren,
es ist deutlich geworden, dass wir vor gewaltigen Herausforderungen
stehen, die wir anpacken müssen.